

Hafeneger, Benno

Warum brauchen wir Partizipation? Anmerkungen zum Verhältnis von Jugend und Politik

Der pädagogische Blick 9 (2001) 4, S. 217-226

urn:nbn:de:0111-opus-55563

in Kooperation mit / in cooperation with:

BELTZ **JUVENTA**

<http://www.juventa.de>

Nutzungsbedingungen / conditions of use

Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Die Nutzung stellt keine Übertragung des Eigentumsrechts an diesem Dokument dar und gilt vorbehaltlich der folgenden Einschränkungen: Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. Use of this document does not include any transfer of property rights and it is conditional to the following limitations: All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.
By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Kontakt / Contact:

peDOCS
Deutsches Institut für Internationale Pädagogische Forschung (DIPF)
Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft
Informationszentrum (IZ) Bildung
Schloßstr. 29, D-60486 Frankfurt am Main
E-Mail: pedocs@dipf.de
Internet: www.pedocs.de

Der pädagogische Blick

Zeitschrift für Wissenschaft und Praxis
in pädagogischen Berufen

9. Jahrgang 2001 / Heft 4

Editorial..... 195

Thema:

Wissenserwerb für pädagogische Berufe

Jörgen Schulze-Krüdener/Hans Günther Homfeldt

Praktika: Pflicht oder Kür? – Perspektiven und Ziele der
Hochschulausbildung zwischen Wissenschaft und Beruf 196

Annette M. Stroß

„Wissengesellschaft“ und Reformpädagogik im aktuellen
bildungspolitischen Diskurs. Über notwendige
Synthetisierungsleistungen der Erziehungswissenschaft 207

Aktuelle Beiträge

Benno Hafener

Warum brauchen wir Partizipation?
Anmerkungen zum Verhältnis von Jugend und Politik 217

Elli Reichert

Hilfe- und Erziehungsplanung per Mausclick?..... 227

Aus der Praxis

Neue Lernumgebung in der Erwachsenenbildung 232

Umfassender Informations- und Auswertungsservice
für die Weiterbildung..... 234

Aus der Hochschule

Berufsorientierung für Diplom-PädagogInnen –
eine hochschuldidaktische Anregung 235

Praktikums- und Kleinforschungsbörse für Erwachsenenbildung..... 239

<i>Aus der Forschung</i>	
Forschungsbedarfe für Weiterbildung	240
<i>Buchbesprechungen</i>	
Ottersbach, Markus/Trautmann, Sebastian K. (Hg.): Integration durch soziale Kontrolle? (<i>Elli Reichert</i>)	243
Homfeldt, Hans Günther/Schulze-Krüdener, Jörgen (Hg.): Wissen und Nichtwissen (<i>Mark Schrödter</i>)	246
Hermanns, Manfred: Heinrich Weber. Sozial- und Caritaswissenschaftler in einer Zeit des Umbruchs (<i>Hans Gängler</i>)	248
Thimmel, Andreas: Pädagogik der internationalen Jugendarbeit. Geschichte, Praxis und Konzepte des Interkulturellen Lebens (<i>Jens Pothmann</i>)	248
Deinet, Ulrich/Sturzenhecker, Benedikt (Hg.): Jugendarbeit auf dem Land (<i>Richard Krisch</i>)	250
Nuissl, Ekkehard: Einführung in die Weiterbildung (<i>Ulrich Klemm</i>)...	252
<i>Infobörse</i>	254
<i>BV-Päd Intern</i>	256

Liebe AbonnentInnen,

ab 1. Januar 2002 stellen wir die Bezugspreise dieser Zeitschrift auf Euro um. Gleichzeitig sehen wir uns leider gezwungen, die Bezugspreise zu erhöhen. Ab 2002 kostet das Abonnement € 29,-. Die Versandkosten betragen € 4,20 im Inland und € 10,50 im Ausland.

Wir hoffen auf Ihr Verständnis.

Juventa Verlag

Benno Hafeneger

Warum brauchen wir Partizipation?

Anmerkungen zum Verhältnis von Jugend und Politik

Das Land Hessen fördert im Rahmen eines Aktionsprogrammes derzeit 25 Projekte zur „Partizipation von Kindern und Jugendlichen“. Der folgende Text geht auf einen Vortrag zurück, den ich anlässlich der 2. Trägerkonferenz im Frühjahr 2001 in Marburg gehalten habe.

Die Diskussion in der Politik, den Medien und der Wissenschaft bzw. Jugendforschung „über“ Jugend hat zeitbezogen immer ihre jeweiligen Themen und Fragen (gehabt). Dabei waren und sind immer auch zwei Themenzentren von Bedeutung: Das sind erstens unterschiedliche Formen abweichenden Verhaltens (Kriminalität, Gewalt, Drogen, politische Radikalisierung...) die Gesellschaft und Politik verunsichern, ratlos machen und dann zweitens die damit zusammenhängende vermeintliche Gefährdung der Loyalität (Bindung an Parteien, durch Wahlverhalten, Entfremdung, Radikalisierung..) gegenüber der staatlichen Ordnung und dem politischen System. Mit dieser Themenfixierung begaben und begeben sich Gesellschaft und Politik, Medien, Wissenschaft und Pädagogik auf die Suche nach Diagnosen, Ursachen und nach Lösungsangeboten. Dies kann für das 20. Jahrhundert und aktuell materialreich – mit all den zugehörigen unterschiedlichen Interessen, Akteuren und Instrumenten – rekonstruiert werden. Die Debatte reicht von den „Halbstarke“ in der Wilhelminischen Zeit – wie sie der Pastor Clemens Schultz in seiner gleichnamigen Schrift bereits im Jahr 1912 beschrieben hat – bis hin zu den letzten Shell-Studien aus den Jahren 1997 und 2000, die u. a. eine deutliche Unzufriedenheit, Skepsis und Distanz „der“ Jugend gegenüber der etablierten Politik, den demokratischen Parteien und politischen Institutionen belegen.

Das Verhältnis „der“ Jugend allgemein bzw. von öffentlich verhandelten Gruppen (Problemgruppen) von Jugendlichen zur Politik (zu Staat und Gesellschaft) war und ist zeitbezogen immer **auch** spannungsreich und problematisch (gewesen) und bedarf daher auch aktuell – lässt man einen historisch-vergleichenden Blick in die konjunkturellen Dynamiken zu – zunächst keinem Alarmismus, keiner übermäßigen Aufgeregtheit und vorschnellen Dramatisierung; gleichzeitig aber doch einer ernsthaften Nachdenklichkeit. Eine knappe Zeitdiagnose soll anzeigen, wie das Verhältnis derzeit diskutiert wird, weil nur dann begriffen werden kann, wie notwendig und bedeutungsvoll neuere Ansätze von Partizipation – neben vielen anderen Angeboten der politischen, gesellschaftlichen, kulturellen und der beruflich-sozialen Integration – für die nachwachsenden Generationen sind.

Was sagt die neuere Jugendforschung?

Einige Ergebnisse aus der neueren Jugendforschung und aus aktuellen Umfragen zeigen den Problemhorizont. Danach haben bei Jugendlichen und jungen

Erwachsenen die Distanz und Skepsis zum politischen System und zu den demokratischen Parteien zugenommen. Das gilt vor allem dann, wenn sie mit Politik solche Bilder wie Männer in grauen Anzügen, langweilige Gremien, parlamentarische Rituale, ritualisierte Betriebsamkeit und bürokratische Verwaltungsabläufe assoziieren und geradezu dauernd mit Skandalen in der politischen Klasse konfrontiert werden; wenn Politiker als macht- und karrierefiziert, korrupt, überbezahlt und jugendverdrossen eingeschätzt werden und wenn die Jugendlichen sich instrumentalisiert (z. B. nur in Wahlkampfzeiten interessant zu sein) fühlen – und damit Politik als wenig relevant und ohne Bezug zum wirklichen Leben gesehen wird. Nach den Ergebnissen der 13. Shell-Studie „Jugend 2000“ (Opladen 2000) ist das Interesse von Jugendlichen an Politik von 57% im Jahr 1991, über 47% im Jahr 1996 auf 42% im Jahr 1999 zurückgegangen; weiter wird konstatiert, dass mit einem Anteil von 35% der Befragten in den neuen Bundesländern das Interesse an Politik gegenüber 45% in Westdeutschland noch geringer ist. Und es gibt einen Unterschied zwischen Jungen und Mädchen: Danach sind 37% der weiblichen und etwa die Hälfte der männlichen Befragten an Politik interessiert. Die Rangliste vertrauenswürdiger Organisationen zeigt nach den Ergebnissen der Shell-Studie folgendes Bild: Umweltschutzgruppen (Rang 1), Gerichte (Rang 2), Menschenrechtsgruppen (Rang 3), Polizei (Rang 4), Bürgerinitiativen (Rang 5). Die Bundesregierung folgt auf Rang 10, der Bundestag auf Rang 11 und die politischen Parteien auf dem Rang 14 –übrigens knapp hinter der Kirche. Gleichzeitig wird der Idee der Demokratie von der überwiegenden Mehrheit (84% in West- und 71% in Ostdeutschland) zugestimmt. Die Jugendlichen haben hohe Erwartungen an Politik und wissen um deren Bedeutung – nämlich die Herstellung von Rahmenbedingungen – für ihre eigene Lebensgestaltung und Zukunft. Sie sind unzufrieden mit dem ihnen zugebilligten Einfluss, sie sehen wenig Teilhabechancen und Mitsprachemöglichkeiten. Sie sind mit ihren politischen Möglichkeiten der politischen Einflussnahme sehr unzufrieden und glauben nicht daran, dass sich die Politiker viel darum kümmern, „was Leute wie ich denken“ (75% in West- und 83% in Ostdeutschland). So bestätigen auch Ergebnisse des zweiten DJI-Jugendsurveys (2000) mit dem Titel „Unzufriedene Demokraten“, dass nur 15% der westdeutschen und nur 9% der ostdeutschen Jugendlichen das Gefühl haben, Politik mit gestalten und eigene Ideen einbringen zu können. Der Bereich der Politik ist – nach dem Jugendsurvey, nach den beiden letzten Shell-Jugendstudien aus den Jahren 1997 und 2000 – in den Augen von Jugendlichen und jungen Erwachsenen marginal und rangiert weit hinter den Aspekten privater Lebensführung (Freunde, Partnerschaft, Familie) sowie von Ausbildung und Qualifikation; sie messen ihm „in Relation zu anderen Lebensbereichen eine geringere Bedeutung bei“ (DJI-Jugendsurvey 2, 2000, S. 269, vgl. auch Keupp 2000). Zu den sinnvollen Freizeitaktivitäten zählt für die Jugendlichen insbesondere, sich mit Freunden zu treffen, mit ihnen was zu unternehmen, Zeit für eigene Hobbys aufzuwenden. Das Vertrauen in die etablierte Politik und deren Institutionen stellt sich so dar: „Jeweils die Hälfte oder gar noch mehr der ost- und westdeutschen Jugendlichen und jungen Erwachsenen bringen gegenüber diesen Institutionen (politische Parteien, Kirchen, Großunternehmen, d.V.) überhaupt kein bzw. nur geringes Vertrauen auf“ (DJI-Jugendsurvey 2, S. 236). Das geringe Vertrauen in die Akteure der etablierten Politik und in die Reaktionsbereitschaft des politischen Systems zeigt, dass „bei zwei Dritteln bis zu vier Fünftel aller Befrag-

ten ein solcher Vertrauensmangel festzustellen ist“ (ebda., S. 241). Nach Silbereisen u.a. (1997) haben sich bei Jugendlichen „das Gefühl, durch Parteien und Politiker nicht angemessen repräsentiert zu werden, drastisch verstärkt – wobei schon 1991 ein Höhepunkt politischer Entfremdung erreicht schien. 1996 fühlen sich 86% der 13 bis 29jährigen in den alten und 91% in den neuen Bundesländern durch Parteien und Politiker nicht angemessen vertreten“ (S. 9). Anna Brake kommt in ihrer neuen quantitativ angelegten Studie (2001) zu dem Ergebnis, dass traditionelles bürgerschaftliches und ehrenamtliches Engagement bei den Jugendlichen nicht hoch im Kurs steht. „Noch nicht einmal die Hälfte kann darin eine sinnvolle Freizeitbeschäftigung sehen“. So bewerten es insgesamt nur jeweils 43% als „sinnvoll“ bzw. „eher sinnvoll“, sich sozial oder ehrenamtlich zu engagieren. Das meint die Merkmale, auf die auch Heiner Keupp u.a. (2000) hingewiesen haben: verbandliche Organisation, längjährige kontinuierliche Übernahme von Aufgaben, Pflichterfüllung und Verpflichtung zur Regelmäßigkeit etc. Nach Brake sieht nur jede/r Dritte/r im politischen Engagement eine (eher) sinnvolle Freizeitbeschäftigung und von nicht einmal 15% wird politisches Engagement ausdrücklich als sinnvolle Freizeitbeschäftigung gekennzeichnet. Sie schreibt: „Dabei wird „sich politisch engagieren“ nur noch von „einfach gar nicht tun“ getopt, freilich im negativen Sinn“. Schon Gerhard Schmidtchen kam vor einigen Jahren zu dem Ergebnis, dass nur eine Minderheit von 3% der Befragten „sich politisch engagieren“ als „sehr wichtig“ einschätzen und er fordert 1997: „Die Veränderung des institutionellen Verhaltens ist die Voraussetzung für Verhaltensänderungen beim Bürger. Die Bereiche der Mitverantwortung müssen erweitert werden“ (S. 360). Verschiedene Jugendstudien haben in den 80er und 90er Jahren herausgearbeitet, dass Jugendliche die allgemeine gesellschaftliche und politische Entwicklung erheblich pessimistischer beurteilen als ihre persönliche Zukunft (Petri/Boehnke/Macpherson/Meador 1986, Ruff 1990, Jugendwerk 1992, vgl. auch Mansel 2001, Boehnke/Rupf/Fuß 2001).

In einer neueren umfänglichen Studie der Internationalen Vereinigung für Forschung und Lehre (IEA) wurden 90 000 14-Jährige in 28 Ländern über ihr politisches Wissen und Engagement befragt wie auch die Bedeutung der politischen Bildung untersucht. Die im Frühjahr 2001 der Öffentlichkeit vorgestellten (und noch nicht publizierten) Ergebnisse zeigen, dass die Schülerinnen und Schüler in den meisten beforschten Ländern von den grundlegenden Werten und Institutionen nur eine oberflächliche Kenntnis hatten: Die zentrale politische Informationsquelle ist für die Schüler das Fernsehen, mit großem Abstand gefolgt von Radio und Presse. Sie engagieren sich eher in einer Bürgerinitiative und Umweltgruppe als in einer politischen Partei; viele äußern Skepsis in Bezug auf ihre Teilhabe an politischen Entscheidungsprozessen bzw. demokratischer Willensbildung, aber die Respektierung der Gesetze und Beteiligung an Wahlen gehört zu den demokratischen Grundprinzipien (Bürgertugenden) der überwiegenden Mehrheit. In Deutschland haben sich nach der Befragung nur 67% (das ist unter dem Durchschnitt) der Schülerinnen und Schüler positiv zur Wahlteilnahme geäußert. Das größte Vertrauen genießen Polizei und Justiz und Parlament, Regierung und Presse folgen mit deutlichem Abstand.

Die Gründe für solche Daten sind vielschichtig; es gibt erhebliche Differenzierungen zwischen sozialen Gruppen (so sind Jugendliche aus Elternhäusern,

in denen viel gelesen wird und in denen sich viel Bücher befinden besser informiert; so hat für Studierende das politische und soziale Leben einen höheren Stellenwert wie für Auszubildende) und die Etikettierung mit „Politikverdrossenheit“ würde zu kurz greifen, wenn um es enttäuschte Abwendung, um Distanz und Skepsis gegenüber der verfassten Politik, ihrer Träger und Akteure geht. Von Bedeutung ist – wenn es nicht um vordergründige Bewertungen der Erwachsenen gehen soll – die Fragerichtung, wie sie in der Shell-Studie anklingt: Ob von einer Politikverdrossenheit der Jugend oder eher einer Jugendverdrossenheit der Politik gesprochen werden muss. Es geht um ein verwobenes Wahrnehmungs- und Deutungsverhältnis und die Ergebnisse legen nahe, dass insgesamt weniger von einer Politikverdrossenheit als eher von einer Politiker- und Parteienverdrossenheit gesprochen werden kann bzw. muss, und dass die Jugendlichen sich nicht ernst genommen fühlen und die Politik in ihrem Leben eher „links liegen lassen“. Vor dem Hintergrund von Gesellschaftsdiagnosen, nach der von der jungen Generation ein hohes Maß an „Basteln an ihrer Biographie“ abverlangt wird, ist zu fragen, ob das rückläufige Engagement nicht notwendig als Folge zu sehen ist, seine Kräfte auf eben die Gestaltung der Biographie (Integration und Existenzsicherung) zu richten (ohne freilich Garantien für Erfolge zu haben). Weiter ist zu fragen, ob die in jüngster Zeit ermittelte eher optimistische Zukunftssicht der Generation (vgl. 13. Shell-Jugendstudie) „eine Folge dessen ist, dass die gesellschaftlich-politisch produzierten Risiken durch Verschiebungen in der öffentlichen Diskussion an Beachtung verloren haben, während den Risiken im Rahmen der individuellen Lebensführung mehr Aufmerksamkeit entgegengebracht wird“ (Mansel 2001, S. 75).

Neben diesem Verhältnis zur verfassten Politik ist die Mitgliederentwicklung bzw. der Schwund und Bindungsrückgang junger Menschen für die demokratischen Parteien (in CDU und SPD liegt das Durchschnittsalter bei 54 Jahren und nur 1% der Jugendlichen und jungen Erwachsenen zwischen 14 und 29 gehört einer politischen Partei an), die Kirchen und die Gewerkschaften dramatisch; ebenso gibt die Wahlbeteiligung der Erst- und Jungwähler zu denken. Ein Blick in das Wahlverhalten zeigt, dass bei den Wahlen der letzten Jahre sich nur knapp die Hälfte der 18 bis 25jährigen beteiligt haben, und in mehreren Wahlen hat diese Altersgruppe – und hier insbesondere die jungen Männer – überdurchschnittlich hoch rechtsextreme Parteien gewählt; auch dies ist ein Zeichen für politische Entfremdung und Distanz zu den demokratischen Parteien und ihren Akteuren. Die Organisationsbereitschaft und die Bereitschaft zur Übernahme von Funktionen mit langfristigen Bindungen und Verbindlichkeiten – z. B. in den Jugendverbänden – sinkt, die Distanz zu den eingespielten Ritualen und vorgegebenen Prozeduren steigt. Es ist – unterstützt von quantitativen Befunden – von der Krise des „alten“ traditionellen Ehrenamtes und einer „neuen“ Ehrenamtlichkeit, neuen Formen des ehrenamtlichen Engagements und offeneren Beteiligungsangeboten die Rede.

Parallel zu diesen Zahlenhinweisen gilt gleichzeitig, dass damit nicht von einem Rückgang des politischen Interesses und von Engagement bzw. der Engagementbereitschaft gesprochen werden kann. Jugendliche sind dies aber immer weniger unter den Bedingungen bereit, die von den Institutionen der Erwachsenen vorgegeben werden. Trivial formuliert heisst das: Die Strukturen und Beteiligungsformen in den etablierten Organisationen entsprechen vielfach nicht

(mehr) den Bedürfnissen und Motiven von jungen Menschen und auch das Verständnis von Politik hat sich gewandelt; neue und unkonventionelle Organisations- und Beteiligungsformen wie auch Projekte in Kommunen, in Vereinen und Verbänden finden Sympathie und Mitmachbereitschaften. Es gibt eine lange Tradition in der Forschung über das Ehrenamt/die Freiwilligkeit in der sozialen Arbeit (und insb. auch der Jugendarbeit) wie auch zum Verhältnis (oder auch eines produktiven Miteinanders) von Haupt-, Neben- und Ehrenamtlichkeit. So kommt Schmidchen zu dem Ergebnis, dass im Osten insgesamt „59 Prozent der Jugendlichen irgendeinem Verein angehören und 66 Prozent im Westen“ (1997, S. 346). Neuere Studien sprechen von politischen Interessen in der jungen Generation, die eher kleinräumig, situativ, flexibel, von Fall zu Fall, hochfluktuativ und einzelthematisch an Vorhaben und Projekte gebunden sind, sowie im erfahrungsnahen Raum stattfinden und die vor allem Spaß und Sinn machen müssen. Insgesamt sind die Zahlen zum ehrenamtlichen, bürgerschaftlichen Engagement von jungen Leuten sehr hoch. Studien zum Bürgerengagement, zur Freiwilligenarbeit und zur ehrenamtlichen Tätigkeit, eine vom BMFSFJ im Sommer 1999 in Auftrag gegebene repräsentative Befragung (mit dem Titel „Jugend und freiwilliges Engagement“) und die seit Herbst 2000 arbeitende Enquete-Kommission des Bundestages zur „Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements“ kommen u. a. zu dem Ergebnis, dass etwa 1/3 Drittel der Bevölkerung ab 14 Jahren (das sind ca. 22 Millionen Bürgerinnen und Bürger) in irgendeiner Form – in Vereinen und Verbänden, Initiativen, Projekten, Selbsthilfegruppen oder Einrichtungen – „mitmachen“, ehrenamtlich aktiv bzw. freiwillig engagiert sind. Nach der Untersuchung des BMFSFJ sind die Jugendlichen und jungen Erwachsenen im Alter von 14 bis 24 Jahren mit 37% – gegenüber 34% bei der Gesamtbevölkerung – überdurchschnittlich hoch (z. B. gegenüber 26% der über 60-jährigen) vertreten; und deutlich über die Hälfte kann sich ein zukünftiges Engagement vorstellen. Neben Tendenzen des Rückgangs und der Stagnation in der Mitgliedschaft gibt es nach dem DJI-Jugendsurvey auch Zunahmen „wo es um Beteiligung im sozialräumlich nahen Umfeld geht“ (2000, S. 286).

Darüber hinaus muss bei der Frage nach dem Politischen darauf hingewiesen werden, dass dies sich längst über die Grenzen des politischen Systems (und der gesellschaftlichen Organisationen) ausgeweitet hat; das Private ist politisch geworden – denken wir z. B. an Essen und Gesundheit, Formen des Zusammenlebens oder an die vielfältigen und eigenwilligen Engagement- und Protestformen von und in Jugendkulturen (vom Graffiti, über die Punks bis hin zur Loveparade oder auch den „Protest von rechts“).

Was sagt die neuere Erwachsenenforschung?

Wenn man das Verhältnis der „Jugend“ zur Politik aber nicht nur jugendzentriert – möglicherweise in der Tradition von „vorwurfsvoller und anklagender“ Haltung – diskutieren will, dann muss gleichzeitig ein Blick in das Verhältnis von „Erwachsenen und Politik“ geworfen werden; zumal von einem komplexen Lernverhältnis ausgegangen werden muss. Dies wird viel zu wenig thematisiert, obwohl doch unmittelbar einleuchtend ist, dass „Jugend“ zweierlei ausmacht: Sie ist (denkt, fühlt, urteilt, handelt...) in einem verwobenen Verhältnis immer auch so und immer auch anders wie die Erwachsenen-gesellschaft. Oder anders formuliert: Warum soll Jugend anders sein wie die

Erwachsenen(gesellschaft), die sie erzieht und von der sie beeinflusst wird und gleichzeitig ist sie immer auch anders als diese, weil sie „auf ihre Art und Weise“ die Einflüsse der Gesellschaft und ihre lebensweltliche Realität verarbeitet. Ein paar Hinweise aus der Forschung und Stimmungsbildern aus der Meinungsforschung sollen – jenseits von jugendzentrierten Betrachtungen – anzeigen, dass es quer durch alle soziale Schichten in der Erwachsenenbevölkerung ein hohes Maß an Unzufriedenheit mit dem Regierungssystem, ein brüchiges Vertrauen in die politischen Institutionen und auch eine Verachtung der politischen Klasse gibt. So meinen – und dies gibt in der Tat jenseits von Alarmismus, Krisenjournalismus und wiederkehrenden Parteienverdrossenheitsdebatten im zyklischen Auf und Ab zu denken – fast ein Drittel in den alten und weit über die Hälfte der Bevölkerung in den neuen Bundesländern, dass das politische System nicht gut funktioniert. Nur die Hälfte des Volkes glaubt, mit der Demokratie ließen sich die derzeitigen Probleme lösen. Es gibt eine hohe Unsicherheit in der Bevölkerung, ob Politik in der Lage ist, die Probleme zu lösen. Politikern wird ‚Wandelkompetenz‘ abgesprochen – gleichzeitig nehmen Erwartungen an Staat und Gesellschaft bei beschleunigtem Wandel zu. Auch in der Erwachsenenbevölkerung haben die Deutschen in die Justiz und Polizei ein großes Vertrauen (über zwei Drittel), aber nur jeder Zweite traut dem Bundestag (der zentralen demokratisch legitimierten Institution) und nur jeder Vierte vertraut auf die Parteien als Träger von Demokratie und Akteure zur Lösung von Problemen; auf der Ansehensskala der Berufe stehen die Politiker weit unten. Ihnen trauen 80 Prozent der Bürgerinnen und Bürger im Grunde nicht und gut jeder Zweite hält sie für Lügner. Noch problematischer ist, dass die Mehrheit der Deutschen unser Regierungssystem schlecht kennt und anhand von verfehlten Erwartungen auch beurteilt. So glaubt die Hälfte, schon etwas von Gewaltenteilung gehört zu haben; fast 60 Prozent wissen nicht, was Föderalismus ist und 40% können nichts oder nur Unrichtiges über den Bundestag äußern. Nur jeder Zweite hält die öffentliche Kritik an der Regierung für eine Aufgabe der Opposition. Im Februar 2001 gab das Meinungsforschungsinstitut EMNID Ergebnisse einer Umfrage bekannt, nach der nur noch 25% der Befragten angaben „das aktuelle politische Geschehen zu verfolgen“; im Jahr 1983 waren es noch 51% und 1993 nur noch 32%. Solche – beispielhaft herausgegriffenen – Zahlen zur System- und Politik(er)verdrossenheit haben letztlich politische Gründe (Bilder von Politik, Skandale, Transparenz, Reaktionsträgheit, Enttäuschung u.a.) und liegen in den sozialen und kulturellen Wandlungsprozessen der Gesellschaft (Auflösung von Milieus, Mobilität der Eliten, Individualisierung, Lebensstile u. a.) begründet. Aber auch hier gilt, dass es neben fehlender politischer Bildung und Aufklärung in Schulen, in der außerschulischen Jugend- und Erwachsenenbildung und in den Medien vor allem fehlende Chancen und Erfahrungen von Partizipation sind, die zu solchen Zahlen, zu Verdrossenheit, Vorwürfen und auch Missverständnissen über Demokratie (Zuständigkeiten, Verfahren etc.) führen: Neue Partizipationsformen in Bürgerforen, Planungszellen und projektbezogenen Initiativen, in generationenübergreifenden Projekten im Rahmen der Agenda 21 oder als internetbasierte Kommunikation von kommunalen Vorhaben – die Möglichkeiten für Engagement und Mitwirkung an politischen Entscheidungen eröffnen können – sind als „gelebte Verfassung“ auch in der Erwachsenengesellschaft (und im Dialog der Generationen) noch unzureichend entwickelt.

Partizipation als „Lernprogramm Demokratie“

Jugendstudien aus den letzten Jahren zeigen mit Blick in die Beteiligungsinteressen und –motive, dass es in der Generationenfolge nicht mehr um Tradierungen von vorgegebenen und vorgesetzten Engagement(formen) geht bzw. gehen kann, sondern dass sich vor dem Hintergrund des gesellschaftlichen Wandels, den vielschichtigen Veränderungen der Jugendphase mit ihren Herausforderungen sowie von jugendlichen Alltagswelten neue Interessen, Motive und Formen für und von Partizipation herausgebildet haben. Hinter den genannten Zahlen verbergen sich gravierende Veränderungen der politischen Kultur und der kulturellen Modernisierung, denen sich Politik und Gesellschaft, die Jugendhilfe, Jugendarbeit und (politische) Bildung stellen müssen. Dies hat im Osten andere Voraussetzungen als im Westen und mit Blick auf junge Frauen ist zu fragen, ob nicht ein neues bzw. anderes Politikverständnis entwickelt werden muss – nämlich eins, das ihr politisches Verständnis auslotet und aufgreift und sie zur Einmischung ermutigt. Auch über die Herkunft und Sozialstruktur muss in der Engagementförderung nachgedacht werden; Jugendliche mit einer guten Ausbildung, sozial abgesichert und einer gesicherten bzw. zufriedenstellenden Erwerbsperspektive sind am stärksten engagementorientiert. Wer sich in prekären Lebens- und Ausbildungsverhältnissen befindet, in seiner sozialen Umgebung nicht respektiert und aufgehoben fühlt, hat kaum Veranlassung und Motivation sich freiwillig und ehrenamtlich „für andere“ zu engagieren. Als Defizit ist weiter anzumerken, dass über das selbstorganisierte und ehrenamtliche Engagement von jungen Migrantinnen und Migranten in Deutschland bisher keine Daten vorliegen.

Nun gibt es seit einigen Jahren eine breite – z. T. schon wieder abflachende – Diskussion, das Engagement, die Teilhabe und Partizipation in der Gesellschaft insgesamt zu fördern. Das gilt für die Ehrenamtlichkeit bzw. das Ehrenamt (mit seinem Strukturwandel), die Freiwilligenarbeit, das bürgerschaftliche Engagement, für Programme zur Förderung der beruflich-sozialen Integration und Teilhabe – und dazu gehört auch die Partizipation von Kindern und Jugendlichen im Rahmen von Projekten der Kinder- und Jugendpolitik bzw. -arbeit.

Die in der politischen Partizipationsforschung unterschiedenen Formen lassen sich dabei in einer Spannweite von „verfasst, konventionell, legal und erwünscht“ (z. B. Wählen, Briefe an Politiker schreiben) über „unkonventionell, legal, möglicherweise aber als illegitim erachtet“ (z.B. Teilnahme an Streiks und Demonstrationen) bis zu „unkonventionell, unverfasst, bis an die Grenze zur Illegalität gehend“ (z. B. Hausbesetzung, Boykott) einreihen“ (DJI-Jugendsurvey 2000, S. 271). Seit einigen Jahren können vielfältige politische und rechtliche Bemühungen und ebenso zahlreiche politisch-pädagogische Versuche, Modelle und Ansätze von Partizipation (Beteiligung, Mitbestimmung, Interessenvertretung) bilanziert werden. Mittlerweile liegen zahlreiche Berichte und auch Typenbildungen in einer differenzierten „Partizipationslandschaft“ vor, sie sind weitgehend bekannt und wiederholt dokumentiert und publiziert worden. Das gilt auch für die zahlreichen Vorschläge, das Ehrenamt bzw. die Freiwilligenarbeit materiell und rechtlich – z. B. durch Aus- und Fortbildung, Beratung, Aufwandsentschädigungen, Unfallabsicherung, Zertifikate und Anrechnungszeiten (bei der Ausbildung) – besser abzusichern, Engagementförderung zu entwickeln und attraktiv („Freiwilligendienste als Lern-

dienste“) zu machen wie auch das Verhältnis von Ehren-, Neben- und Hauptamtlichkeit konzeptionell neu zu bestimmen und praktisch (phantasievoll) zu erproben. So sollen die Attraktivität der freiwilligen sozialen Dienste wie derzeit das Freiwillige Soziale Jahr (FSJ) und Freiwillige Ökologische Jahr (FÖJ) – mit bisher 13 200 jungen Leuten – ausgebaut und weiter differenziert werden.

Hier soll lediglich ein prinzipieller Hinweis markiert werden, dass Partizipation nämlich – soll sie Sinn machen – im Kern ein Lernfeld und –programm für Demokratie (öffentliche Angelegenheiten) und damit für die gehaltvolle und anspruchsvolle Idee (d. h. nicht als Ausrede für den Rückzug des Staates oder als folkloristisches Beiwerk) der Bürgergesellschaft ist bzw. sein muss, die Interesse an den öffentlichen Angelegenheiten schafft. Das Modell der partizipativen Demokratie bezieht sich nach Meyer (2001) „auf dauerhafte und folgenreiche Entscheidungsbeteiligung einer großen Zahl von aktiven Bürgerinnen und Bürgern in den politisch fungierenden Organisationen des politischen Systems auf allen Ebenen, besonders jedoch im intermediären politischen System der Vereine, Parteien und zivilgesellschaftlichen Initiativen“ (S. 19). Aus sozialisationstheoretischer Sicht ist das verlängerte Jugendalter – der bereits 9 bis 11-jährigen Kids bis zu den jungen Erwachsenen im Alter von Mitte 20 – als Zeit fundamentaler Moralbildung und als Prägungszeit zu verstehen, in der mentale Landkarten (cognitive maps) herausgebildet werden. Damit ist Partizipation auch als Schulungs- und Entwicklungszeit für Demokratie bzw. Demokratieverständnis zu verstehen. Oder anders formuliert: Das Weiterbestehen und die Weiterentwicklung einer demokratischen Ordnung können nur dann gesichert werden, wenn es gelingt, den nachwachsenden Generationen nicht nur Loyalität abzuverlangen, sondern ihnen möglichst frühzeitig wirkliche, einsichtige und entwicklungsfördernde (effektive, handhabbare) Beteiligungsmöglichkeiten zu eröffnen; sie für politische Fragen aktiv-zugewandt zu mobilisieren und dies zur Gewohnheit werden zu lassen. Die Anmerkung ist trivial, aber Demokratie „fällt nicht vom Himmel“ und liegt nicht „in den Genen“, sondern wird bzw. muss als Engagementpotenzial in der Generationenfolge immer wieder neu erfahren und gelernt werden. Unter „Lernen“ verstehe ich hier das Aufnehmen von Zusammenhängen aufgrund von reflektierter Praxis, Modellhandeln, Nachahmung, Übung und Beobachtung. Und eine zweite Anmerkung erscheint trivial: Kinder und Jugendliche sind als Staatsbürgerinnen und Staatsbürger mit den ihnen zustehenden Rechten ernst zu nehmen und sie sind Expertinnen und Experten ihrer kommunalen, sozialen und gesellschaftlichen Lebenswelt; ihre Sichtweisen und Kompetenzen sind in Planungen und Entscheidungen einzubinden, wenn es um ihre Lebenswelten (Kinderspielplatz, Freizeitstätte, Radwegenetz u. a.) geht. Damit ist Partizipation mit ihren unterschiedlichen Engagementformen ein prosozialer Entwicklungsprozess, weil hier in Gruppen gelernt wird zu diskutieren, zu streiten, zuzuhören, Interessen zu finden, zu formulieren und auch kund zu tun, anderen zuzuhören, Kompromisse zu schließen, Durchsetzung zu üben, eigene Kompetenzen und Fertigkeiten einzubringen – letztlich ist dies Einübung von demokratischem Verhalten. Damit ist Partizipation weitergehend ein im wohlverstandenen Sinne sorgendes Sozialisations(an)gebot der erwachsenen Generation gegenüber der jüngeren Generation, mit der diese befähigt werden soll, Träger von Demokratie und humaner Zukunft zu werden. Das könnte beispielsweise

über tragfähige und Qualitätskriterien entsprechende Partizipationsformen, kommunale Netzwerkbildungen und lokale Sozialverträge zwischen Politik, den Erwachsenen und der jungen Generation vereinbart werden – auf deren Einhaltung beide achten.

Zum Hessen-Programm

Wenn diese knappen Hinweise als basale Ausgangspunkte und Ziele zugrunde gelegt werden – und die gesetzlichen Grundlagen für Partizipation sind durchaus vorhanden und bekannt – dann ist für die 25 vom Land Hessen geförderten Teilnehmungsprojekte mit all ihren Ansätzen, Modellen und Formen wie auch generell für die „Partizipationslandschaft“ zu fragen, ob sie denn auch so angelegt sind. Es geht mit einem solchen Blick auf die Partizipationsanlagen und -praxen um die Möglichkeiten und Chancen von Kindern und Jugendlichen, erstens Demokratie – auch mit kleinen Handlungsimpulsen – möglichst alltagsnah, ganzheitlich und praktisch zu erleben und aktiv mit zu tragen. Zweitens wäre zu fragen, wie denn – als Folge und Konsequenzen der Begleitung und Auswertung von Praxisverläufen – aus fachlicher Sicht gehaltvolle und tragfähige Qualitätskriterien oder Prüfsteine für Kinder- und Jugendpartizipation aussehen könnten. Auch hierzu wurden in den letzten Jahren bereits zahlreiche Hinweise vorgelegt, die sich so zusammenfassen lassen: Zugang für Kinder und Jugendliche zum jeweiligen Teilnehmungsmodell, Sachen/Inhalte und Qualität der Teilnehmung, Arbeitsformen der Teilnehmung, Wirksamkeit der Teilnehmung, Sicherung der Teilnehmungsqualität (vgl. Möller 2000). Das sind Hinweise, die neben vielen anderen (wie der lokalen Verfestigung, der notwendigen Förderung, einer tragfähigen Vernetzungs- und Lobbystruktur) für die Hessen-Projekte von Bedeutung sind und im Blick einer kritischen Begleitung und Politikberatung sein müssen. Mit einem solchen Charakter von Partizipation ist eine Perspektive verbunden, wie sie Hanna Arendt einmal formuliert hat, nämlich was sie ganz basal unter Politik versteht und worum es der Partizipation gehen müsste: der „angewandten Liebe zur Welt“.

Literatur

- Boehnke, K./Rupf, M./Fuß, D. (2001): Jugend ohne Politik: Sozialisation oder Zeitgeist?, in: Mansel, J. u. a.(Hrsg.), Zukunftsperspektiven Jugendlicher, Weinheim und München, S. 129 – 143
- Brake, A. (2001): Familie – Arbeit – Freizeit. Optionen der Lebensqualität in den Vorstellungen junger Erwachsener, Opladen
- Gille, M./Krüger, W. (Hrsg.) (2000): Unzufriedene Demokraten (DJI-Jugendsurvey 2), Opladen
- Jugendwerk der Deutschen Shell (1992; Hrsg.): Jugend '92, Opladen
- Jugendwerk der deutschen Shell (Hrsg.) (1997): Jugend '97, 12. (Shell-Jugendstudie), Opladen
- Jugendwerk der deutschen Shell (Hrsg.) (2000): Jugend 2000, 13. (Shell-Jugendstudie), Opladen
- Keupp, H. (2000): Eine Gesellschaft der Ichlinge, München
- Keupp, H. u. a. (2000): Civic matters: Motive, Hemmnisse und Förderungsmöglichkeiten bürgerschaftlichen Engagements, in: Beck, U. (Hrsg.), Die Zukunft von Arbeit und Demokratie, Frankfurt/M., S. 217 – 268

- Mansel, J. (2001): Neue Ängste Jugendlicher, in: Mansel, J./Schweins, W./Ulbrich-Herrmann, M. (Hrsg.): Zukunftsperspektiven Jugendlicher, Weinheim und München, S. 72 – 88
- Meyer, T. (2001): Mediokratie. Die Kolonisierung der Politik durch die Medien, Frankfurt/Main
- Möller, K. (2000): Kommunalpolitische Partizipation von Jugendlichen – Entwicklungsstand und Qualitätskriterien, in: neue praxis, Heft 4/2000, S. 379-396
- Petri, H./Boehnke, K./Macpherson, M.J./Meador, M. (1986): Bedrohtheit der Jugendlichen, in: Psychosozial, 9 (29), S. 62 – 71
- Rosenblatt, B. v./Pierot, U. (BMFSFJ Hrsg.) (1999): Freiwilligenarbeit, ehrenamtliche Arbeit und bürgerschaftliches Engagement, Bonn
- Ruff, F.M. (1990): Ökologische Krise und Risikobewußtsein, Wiesbaden
- Schmidtchen, G. (1997): Wie weit ist der Weg nach Deutschland, Opladen
- Schultz, C. (1912): Die Halbstarke, Leipzig
- Silbereisen, R. K./Vaskovics, L. A./Zinnecker, J. (Hrsg.) (1997): Jungsein in Deutschland, Opladen